

Wo Sensibilität und Willen fehlen

Judith Gleitze arbeitet für den Flüchtlingsrat Brandenburg. Sie ist im Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL sowie Geschäftsführerin von borderline-europe, Menschenrechte ohne Grenzen e.V.



Brandenburg: Denkanstöße für Schreibtischtäter

Der Flüchtlingsrat Brandenburg vergibt regelmäßig den Negativpreis DENKZETTEL für systeminternen und strukturellen Rassismus. Die damit verbundenen Denkanstöße sollen bis in die Amtsstuben wirken und rassistisches Handeln an den Pranger gestellt werden.

„Nutzen Sie Ermessensspielräume und geben Sie den Flüchtlingen alle mögliche Unterstützung, damit diese die Voraussetzung für die Bleiberechtsregelung erfüllen können!“

Diesen DENKANSTOß richtet der Flüchtlingsrat Brandenburg zum Antirassismustag am 21. März 2007 an die MitarbeiterInnen der Ausländerbehörden. Hintergrund ist die im November 2006 erlassene Bleiberechtsregelung der Innenministerkonferenz, die es zumindest den Flüchtlingen, die schon sechs bzw. acht Jahre in Deutschland leben, ermöglicht, endlich einen Aufenthalt zu bekommen. Bis März war in den wenigsten Ausländerbehörden etwas von Unterstützung und wohlwollendem Behandeln zu spüren. Einige Behörden lehnen schlicht die Annahme der Anträge mit fadenscheinigen Begründungen ab, viele informierten die Betroffenen nicht über die neue Regelung. Nach Umfragen im Februar 2007 in damals zehn von 18 Ausländerbehörden hatten gerade einmal 300 von ca. 500 potentiell Begünstigten einen Antrag gestellt oder stellen können. Die Umfrage ergab auch, dass es seit dem Inkrafttreten des Brandenburgischen Erlasses zur Regelung am 11.12.2006 gerade einmal zehn Menschen geschafft haben, die hohen Hürden der Bleiberechtsregelung zu nehmen!

Inzwischen ist die Frist der Antragsstellung abgelaufen, doch trotzdem haben nur zwei Drittel der potentiell Begünstigten einen Antrag gestellt. Nach Meinung des Innenministeriums liegt das keineswegs an schlechter Informationspolitik, die Anträge seien auch in den Kreisen und Städten nicht gestellt worden, wo die Menschen angeschrieben wurden.

Betrachtet man die Zahlen, fragt man sich allerdings, wie engmaschig dieses Netz der Auflagen noch gestrickt werden soll: bisher (Stand Juli 2007) wurde nur 227 von 1075 Anträgen stattgegeben. Nur ein Fünftel der Menschen, die schon mehr als sechs Jahre in Deutschland leben, hat es geschafft, endlich eine beständigere Sicherheit ins Leben zu bringen.

Mehr als 500 Menschen bangen immer noch, da sie entweder keine Arbeit gefunden haben, eine Grundvoraussetzung, die in den östlichen Bundesländern nur sehr schwer zu erfüllen ist, oder aber deren Fälle aus anderen Gründen immer noch nicht bearbeitet wurde. Und nun, noch tragischer, hängen die Bleiberechts-Aufenthaltserlaubnisse vieler Jugendlicher am Ausbildungsplatz. Doch wie sollen sie eine Ausbildung beginnen, wenn es gesetzlich keine eindeutige Regelung für die Sicherung des Lebensunterhaltes gibt?

Eine weitere Hürde, die gerade die Jugendlichen besonders hart trifft, da sie nun endlich Licht am Horizont gesehen haben, was ihnen aber gleich wieder ausgeschaltet wird. In Brandenburg hat sich, wie auch in Berlin und einigen anderen Bundesländern eine Jugendinitiative von jugendlichen Flüchtlingen gegründet, die sich für ihre Rechte einsetzen. Kleine Erfolge sind durch Gespräche mit dem brandenburgischen Innenministerium zu

„Nutzen Sie Ermessensspielräume und geben Sie den Flüchtlingen alle mögliche Unterstützung, damit diese die Voraussetzung für die Bleiberechtsregelung erfüllen können!“

„Sensibilität auch bei Amtsärzten“ forderte der Flüchtlingsrat Brandenburg in seiner Denkkzettelverleihung an den Amtsarzt Dr. P. – Die Angst vor negativen Schlagzeilen ist groß, der Flüchtlingsrat wird zum Gespräch gebeten und mit der Androhung eines Gerichtsverfahrens wird die Rücknahme des DENKZETTELS verlangt.

Nachdem in diesem Jahr wiederum versucht wird, den Flüchtlingsrat mit der Drohung eines Verfahrens mundtot zu machen kam es dann letztendlich doch noch zu produktiven Gesprächen, die leider ohne den vorher entstandenen Druck nicht möglich gewesen wären. Das zeigt, dass es manchmal nötig ist, den Finger in die Wunden zu legen, um endlich eine Reaktion zu bewirken. Das Eichhörnchen mag sich vielleicht mühsam, aber dennoch stetig ernähren.

verzeichnen, aber es gilt, diesen Kampf um eine vernünftige Zukunft fortzusetzen.

„Sensibilität auch bei Amtsärzten“ forderte der Flüchtlingsrat Brandenburg in seiner Denkkzettelverleihung am 21. März 2007 an den Amtsarzt Dr. P.

Kopfschmerzen, Nervosität, Schlaflosigkeit, unbestimmte Ängste. Das zeichnete das Krankheitsbild von L. aus. Sie kommt aus dem Kosovo. Depressiv wirkte sie im Gespräch, und „klagsam“, wortreiche Beschwerden habe sie geäußert. Der Arzt bestätigt der Schwangeren eine chronifizierte posttraumatische Belastungsstörung sowie weitere psychische Störungen, doch aus seiner Sicht ist sie uneingeschränkt reisefähig.

Fünf Minuten hält sich B. in der Praxis des Amtsarztes auf, es werden ihm keinerlei Fragen bezüglich seiner psychischen Symptomatik gestellt, ein Dolmetscher ist sowie nicht anwesend.

Amtsarzt Dr. P. hält sich nicht lange mit seinen Patienten auf, gilt es doch, sie entweder möglichst schnell zur Abschiebung „freizugeben“ oder eine gesundheitliche Zusatzversorgung abzulehnen. Typische Geschichten von der Behandlung von Flüchtlingen. Neben der jahrelangen Unsicherheit, in der sie leben, müssen sie sich auch mit den alltäglichen Rassismen auf der Straße und in den Behörden auseinandersetzen. Anlass, für den Flüchtlingsrat Brandenburg den Negativpreis DENKZETTEL für systeminternen und strukturellen Rassismus ins Leben zu rufen, der jährlich am 21. März, dem internationalen Tage gegen Rassismus verliehen wird. Diesjähriger Preisträger ist Dr. P.

Viel Wirbel macht der DENKZETTEL, man sei keinesfalls rassistisch! Die

Angst vor negativen Schlagzeilen ist groß, der Flüchtlingsrat wird zum Gespräch gebeten und mit der Androhung eines Gerichtsverfahrens wird die Rücknahme des DENKZETTELS verlangt.

Behörden nicht aus der Verantwortung nehmen

Seit 1997 verleiht der Flüchtlingsrat nun diesen Negativ-Preis, oftmals die einzige Möglichkeit, um unhaltbare Zustände öffentlich zu machen. Mal waren es Ausländerbehörden, die staatenlose Letten nach damals noch Zaire abschieben wollten, mal für Abschiebungshaft zuständige Amtsgerichtsdirektoren, die Multikulti mit dem Panschen von Wein gleichsetzten. Immer jedoch handelt es sich um Angehörige von Verwaltungen, von denen Flüchtlinge und ihr Schicksal abhängig sind. In vielen Fällen stellt sich die Frage, warum Menschen mit einer unnötigen Härte gegen andere Menschen vorgehen, die sich sowieso schon in einer abhängigen, schlechteren Position befinden. Ist es eine persönliche Befriedigung oder das einfache Befolgen der Regeln, ohne Ermessensspielräumen den möglichen Platz zu lassen? Die Frage bleibt offen, die Fälle häufen sich jedoch. Schon im Jahr 1997 gibt der Flüchtlingsrat die erste Sammlung „Tatort Schreibtisch – Wegweiser des alltäglichen Rassismus in Brandenburger Amtsstuben“ heraus. Die Tradition, diese Fälle öffentlich zu machen, hat sich im DENKZETTEL fortgesetzt. 2003 wird der Flüchtlingsrat vor Gericht gezerrt – Verleumdung, so der Vorwurf! Doch systeminterner und struktureller Rassismus bedeutet, Verwaltungen und Behörden nicht aus der Verantwortung zu nehmen, wenn einzelne MitarbeiterInnen strukturell rassistisch handeln.